

# Ein Gesetz über das Verbot zur Einfuhr israelischer Siedlungsgüter nimmt die erste Hürde im irischen Senat

**Laut der israelischen Botschaft ist das Gesetz „populistisch, gefährlich und eine extremistische anti-Israel-Boykottinitiative“**

Sorcha Polla, 11.07.18, irishtimes.com

**Ein Gesetz über das Verbot zur Einfuhr israelischer Siedlungsgüter hat die erste Hürde im irischen Senat genommen.**

Der Gesetzesentwurf über die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit (besetzte Gebiete) 2018, der von der unabhängigen Senatorin Frances Black vorgeschlagen wurde, wird den Kauf von Waren und Dienstleistungen, die aus israelischen Siedlungen stammen und die von Irland und der EU als illegal beurteilt wurden, zu einem Vergehen machen.

Der Entwurf wurde in erster Abstimmung im Senat, mit Unterstützung von Fianna Fáil, Sinn Féin, Labour und mehreren unabhängigen Senatoren, mit 25 zu 20 Stimmen angenommen.

„Wie können wir die Siedlungen als illegal, als Diebstahl von Land und Ressourcen verurteilen, aber sorglos mit den Erträgen dieses Verbrechens handeln?“

Die Unterstützung von Fianna Fáil ist entscheidend, da der Gesetzesentwurf von der Regierung entschieden abgelehnt wird. Tánaiste und Außenminister Simon Coveney haben sich aktiv dafür eingesetzt, Fianna Fáil-Mitglieder dagegen zu mobilisieren.

Laut Black ist die Verabschiedung der zweiten Lesung des Gesetzes „ein Beweis dafür, dass dies kein radikaler Akt ist“ und, dass das „absolute Minimum, das von einem EU-Mitgliedstaat und einem Land, das sich stolz für Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzt, erwartet werden sollte“.

„Wir sagen lediglich, dass wir, wenn wir sicher sind, dass bestimmte Waren als Folge von Kriegsverbrechen hergestellt wurden, nicht mit ihnen handeln sollten“, sagte sie. „Wie können wir die Siedlungen als illegal, als Diebstahl von Land und Ressourcen verurteilen, aber sorglos mit den Erträgen dieses Verbrechens handeln?“

Die israelische Botschaft in Dublin verurteilte den Gesetzesentwurf als „populistisch, gefährlich und als eine extremistische Israel-Boykott-Initiative“, die die Chancen für Dialog zwischen Israel und Palästina beschädigen würde.

Einer Erklärung der israelischen Botschaft zufolge „wird sich dies negativ auf den diplomatischen Prozess im Nahen Osten auswirken“. „Die Absurdität der Seanad Éireann-Initiative ist, dass sie den Lebensunterhalt vieler Palästinenser, die in den vom Boykott betroffenen israelischen Industriegebieten arbeiten, gefährden wird.“ Israel würde seine Antwort darauf, in Übereinstimmung mit den Entwicklungen in Bezug auf die Gesetzgebung evaluieren, so die Erklärung weiter. In einer Erklärung des Büros von Frau Black heißt es, dass trotz der Verurteilung der Siedlungen durch die EU, der UNO und der irischen Regierung, weiterhin Ressourcen und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus den besetzten Gebieten ausgebeutet werden, und dann in die ganze Welt exportiert und verkauft zu werden.

„In den letzten 18 Monaten hat die israelische Regierung die Expansion auf palästinensisches Land intensiviert und mit der gewaltsamen Vertreibung palästinensischer Familien aus ihren Häusern und von ihrem Land weitergemacht“ erklärte das Büro.

*Christian Aid Ireland*, das den Gesetzentwurf mit Nachdruck unterstützt hat, erklärte, dass das Votum des Senats eine wichtige Botschaft in die Welt senden würde, nämlich die, dass das Völkerrecht existiert, um die Menschen und ihre Rechte zu schützen.

**Botschafter Coveney kritisierte die damaligen israelischen Siedlungen scharf und sagte, die Regierung teile die Ziele des Gesetzes, Israel unter Druck zu setzen, sich aus den Siedlungen zurückzuziehen.**

Viel zu lange gingen die Siedlungen und die daraus gewonnenen Produkte auf Kosten der palästinensischen Rechte und führen zur Verarmung, sagte Rosamund Bennett, Chief Executive von *Christian Aid Ireland*. „Die heutige Abstimmung war eine Abstimmung zur Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit, der Gerechtigkeit und der Menschenrechte. Wir freuen uns darauf, die Verabschiedung dieses wichtigen Gesetzes durch die Oireachtas weiterhin zu unterstützen.“

Die Vorsitzende der irisch-palästinensischen Solidaritätskampagne Fatin Al Tamimi begrüßte die Abstimmung und lobte den Staat dafür, dass er „Geschichte geschrieben und in seiner Solidarität mit dem palästinensischen Volk eine Vorreiterrolle gespielt hat“.

Der Gesetzentwurf wurde erstmals im Januar 2018 im Senat vorgelegt, wurde aber auf Juni verschoben, nachdem der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu angeordnet hatte, den irischen Botschafter in Israel einzubestellen und Rechenschaft ablegen zu lassen. Netanyahu verurteilte den Gesetzentwurf als einen Versuch, Israel zu schaden.

Botschafter Coveney kritisierte die damaligen israelischen Siedlungen scharf und sagte, die Regierung teile die Ziele des Gesetzes, Israel unter Druck zu setzen, sich aus den Siedlungen zurückzuziehen.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: [irishtimes.com/news/politics/bill-banning-israeli-settlement-goods-passes-in-seanad-1.3561728](https://www.irishtimes.com/news/politics/bill-banning-israeli-settlement-goods-passes-in-seanad-1.3561728)